

turbine

Mitteilungsblatt der DKP für VOITH-Beschäftigte

TURBINE Ausgabe Nr. 05

Oktober 2005

Jahrgang 34

Nach der Bundestagswahl 2005

Wie weiter ?

Nach der Wahl ist wie vor der Wahl

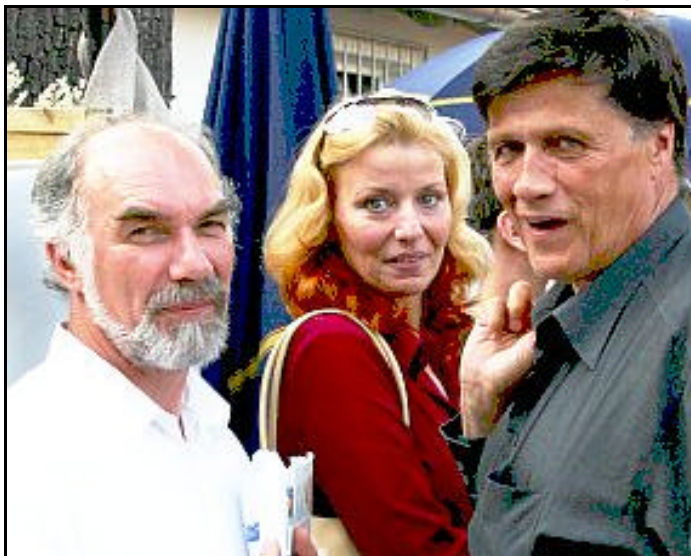
Das große Kapital, repräsentiert von den Bundesbankern samt ihren Aktionären, die Versicherungskonzerne, die marktbeherrschenden Multis in der BRD, ihre Verbände, voran der BDI, die Thumanns und Rogowskis, die Hundts und alle dazugehörigen Kreise, bis hinunter auf die örtliche Ebene zu Herrn Moser von der IHK HDH haben die geforderte Koalition von CDU/CSU-FDP nicht bekommen. Auch die „Weiterso-Partei“, das kleinere „Übel“ SPD samt Anhängsel Grüne sind gescheitert. Der Tanz um das „Goldene Kalb“ im Reichstag, der Tanz in der zweiten Reihe der Macht, hat sich uneingeschränkt im Sinne des großen Kapitals in einer Großen Koalition wieder gefunden.

Ein Achtungserfolg

Es hat sich aber trotzdem eine Veränderung ergeben. Die Linkspartei hat am 18.09.05 mit 8,7 Prozent und 54 Sitzen, das ist bundesweit ein Zugewinn von 4,7% (2002 4% PDS) oder von mehr als 2 Mio. Stimmen, einen Achtungserfolg erzielt.

Heidenheim spitze

Unser Direktkandidat R. Hamm erzielte in Heidenheim 5,6 Prozent. Die Linke mit R. Püschel auf



Von Links: Reinhard Püschel, Andrea Kunz und Ulrich Maurer (MdB)

Platz 10. der Landesliste 5,1 Prozent. Heidenheim hat so im Vergleich mit dem Landesergebnis Ba.-Wü. von 3,8 % ein gutes Ergebnis erzielt.

Den Bürgerinnen und Bürgern, die die Liste der Linken gewählt haben, den über 100 Unterzeichnern der WählerInnen-Initiative für Roland Hamm gilt unser Dank. Sie alle haben zum Wahlerfolg der Linken beigetragen.

Wie weiter?

Die Linke, aus PDS, WASG und DKP, hat viele Menschen aus der politischen Resignation herausgeholt. Sie dürfen jetzt nicht enttäuscht werden. Konsequente parlamentarische Opposition gemeinsam mit allen außerparlamentarischen Kräften, wie z.B. mit Attac, dem Sozialforum und den Gewerkschaften. Es gilt, die außerparlamentarische Arbeit parlamentarisch zu unterstützen und zu begleiten. Den Gewerkschaften muss in ihrem Kampf gegen Betriebsverlagerungen und gegen den Personalabbau parlamentarische Unterstützung ermöglicht werden. Dem Neoliberalismus im Land ist der Widerstand angesagt. Dem Sozialabbau und der Kriegspolitik muss parlamentarisch und außerparlamentarisch ein Sturm des Widerstands entgegenstehen. Die Linke muss zu den Landtagswahlen im März 2006 diese Gemeinsamkeit wie bei den Bundestagswahlen erneut unter Beweis stellen. Nach der Wahl ist wie vor der Wahl.





DKP Stadtrat
Reinhard Püschel

Heidenheim eine „Braune Hochburg“?

Ist Heidenheim von den Neonazis als Stadt in den Kreis der Städte von Baden Württemberg neben Schwäbisch Hall, Heilbronn u.a. für Nazi-Aufmärsche aufgenommen worden? Es scheint so.

Der Auftritt der Neonazis als Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) erschreckte schon 1986 bis 1990 die Bürgerinnen und Bürger von Heidenheim. Und Mitte der 90er Jahre hatten Schönhuber und Köhler (HDH), sie waren mit 10 % für die REP's im Europaparlament, hatte Heidenheim in der BRD den Beinamen „Braune Hochburg“ eingebracht. Von einem der Neonazi-Szene zuzuordnenden Jugendlichen wurden drei aus Russland stammende Schüler im Dezember 2003 kaltblütig ermordet. Der Anlass, dass ein Heidenheimer Schüler im Juni 2005 von einem Heidenheimer albanischer Abstammung zu Tode geprügelt wurde, reichte den Nazis aus, einen Aufmarsch gegen „Ausländerkriminalität“ am 25.06.05 zu organisieren. Dieser Aufmarsch wurde verhindert, weil sich viele junge Antifaschisten den Nazis in den Weg stellten. Der für die Nazis misslungene Aufmarsch, fand dann unter gewaltiger Polizei-

präsenz, am 13.08.2005 seinen Fortgang.

Nicht genug. Die Heidenheimer Stadtverwaltung, an deren Spitze OB Ilg und BM Domberg, hat in Abstimmung mit der örtlichen Polizei die Jugendlichen, die Antifaschisten als die eigentlichen Gegner ihrer lokalen Entscheidungen ausgemacht. Mit der Entscheidung, der antifaschistischen Jugend hier in Heidenheim ihren Info-Stand bei der Fachtagung „Zukunft Jugend“ im Rathaus am 24.09.2005 zu widerrufen, hat sich OB Ilg selbst und auch für unsere Stadt einen schlechten Dienst erwiesen. Das Verbot, der Jugend die Möglichkeit einzuräumen, über den Neofaschismus aufzuklären, ist keine kommunale Großtat. Es muss eher als ein Ausdruck von politischer Verharmlosung gewertet und so indirekt als Unterstützung der Naziaufmärsche verstanden werden. Nicht der Antifaschismus und die Jugend, die sich der antifaschistischen Aufklärung verpflichtet fühlen, sind die Störenfriede, sondern die Störenfriede sind diejenigen, die Fremdenhass predigen, den Holocaust negieren, und sich nach „Ruhm und Ehre der Waffen SS“ sehnen. Heidenheim muss sich ein weiteres, sehr negatives politisches Ereignis in sein kommunales Stammbuch schreiben lassen.



Gaspreise unter öffentliche Kontrolle stellen!

Noch haben die Heidenheimer Gaskunden den Preisschock zum Januar'05 nicht überwunden. Die damaligen Leserprotest-Briefe zogen sich bis März. Ihr Urteil zusammengefasst reichte von „Unverständnis“ über „unverschämt“ bis „skandalös“ und „mafiös“.

Das Thema Gaspreise runter blieb Dank vieler Proteste in allen Bundesländern bis heute auf der politischen Tagesordnung. Die Offenlegung der Gaspreiskalkulation aller Transportgesellschaften war

eine der Forderungen, die auch in Heidenheim gegenüber den Stadtwerken von der DKP Heidenheim erhoben und an Infoständen bekannt gemacht wurde. Mancher Gaslieferant konnte wegen des öffentlichen Protests und einschlägiger Gerichtsentscheidungen seine Preisforderungen nicht durchsetzen. Was hat der Ölpreis mit dem Gaspreis zu tun? Die seit Jahren von der DKP gestellte Frage und die daraus entstandene Forderung, den Gaspreis endlich vom Ölpreis zu entkoppeln, zeigt gegenwärtig Wirkung. Die politische Preiskopplung muss weg. Das Kartellamt scheint zu dieser Frage auf dem richtigen Weg. Weil die DKP und verschiedene Mitbürger Widerstand gegen die Gaspreiserhöhungen geleistet haben, scheinen die



Gaspreise zu Zeit stabil. Trotzdem bleibt die Forderung an die Stadtwerke AG und an OB Ilg als deren Aufsichtsratsvorsitzenden nach Offenlegung der Gaspreiskalkulation. Die zur Daseinsfürsorge der Menschen notwendigen Grundbedürfnisse dürfen nicht der Geheimhaltung unterliegen.



Antifaschisten fordern Aufklärung

Die jetzt aufgefundenen Leichenreste der ermordeten KZ-Häftlinge in einem Massengrab auf dem Gelände des Stuttg. Flughafens gehörten zum Außenkommando Echterdingen des KZ Struthof-Natzweiler im Elsass. Trotz der Hinweise der VVN-BdA bereits 1947/48 auf Massengräber beim Stuttg Flughafen ist das späte Auffinden der Gebeine der Ermordeten ein Zeichen der misslungenen Bewältigung unserer faschistischen Vergangenheit. Die alten Nazi-Führer waren sehr bemüht, Gras über ihre Nazi-Verbrechen wachsen zu lassen. Ehe-

(Fortsetzung auf Seite 3)

(Fortsetzung von Seite 2)

mals hohe Alt-Nazis waren in Baden-Württemberg nach 1945 sogar Ministerpräsidenten. Dr. Georg Kiesinger (CDU) und Dr. Hans Filbinger (CDU), einer der Blutjuristen Hitlers hatten an der Bewältigung und Aufklärung über die Verbrechen des Hitlerfaschismus aus naheliegenden Gründen kein Interesse. Sie hätten sich selbst belasten müssen. Doch nicht genug. Die CDU Ba.-Wü. nominierte den ehemaligen Nazijuristen, der 1945 einen jungen unschuldigen Matrosen zum Tod verurteilte und auch die Urteilsvollstreckung leitete, zum Wahlmann in die Bundesversammlung für den heute amtierenden Bundespräsidenten. Das Studienzentrum Weikersheim, die schwarz-braune Denkfabrik, wurde von Filbinger 1978 gegründet. Das bis heute mit Steuergeldern mitfinanzierte Zentrum zählt zu den gesellschaftlichen Grauzonen, dem rechtskonservative Kontakte bis hin zur NPD nachgesagt werden.

Die Nachforschungen nach den Opfern und den Tätern dürfen sich nicht auf formaljuristische Aufgaben beschränken, dürfen nicht nur eine Sache von Polizei und Justiz sein.

Das Massengrab auf dem Stutg. Flughafen ist vor allem eine Herausforderung an Landtag und Landesregierung und an die CDU Ba.-Wü. Es kann nicht sein dass politische Verbrechen hier in unserem Lande unter den Teppich gekehrt werden. Der CDU würde es gut zu Gesicht stehen, sich von in ihren Reihen stehenden Altnazis zu distanzieren.

Sechzig Jahre nach der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus kann es nicht sein, dass große Worte des Erinnerns und Gedenkens gesprochen werden, wenn die Zuständigen in den Verwaltungen und den Verwaltungsgerichten den Neonazis die Straßen und die Plätze in den Städten für ihre neofaschistische Propaganda öffnen.



Betriebs- u. Gewerkschaftsspiegel

Trotz Investitionen weniger Arbeitsplätze Betriebsparkplatz bald für jeden VOITHianer?

Als nicht unbedeutend muss die Zusage der VOITH- Geschäftsführung für Grafische Papiermaschinen, den Fertigungsstandort Heidenheim zukunftsicherer zu machen, registriert werden. Nicht nur das äußere Erscheinungsbild von VOITH hat sich geändert. Wie zu erfahren war, sind die in den 90er Jahren eingeführten Arbeitsformen in Fertigung und Montage durch neue effektivere Produktionsweisen ersetzt worden. Mit diesen Rationalisierungsinvestitionen sind die Durchlaufzeiten um bis zu 70 Prozent abgebaut worden. Dieser gewaltige Produktivitätsschub hat sich allerdings nicht sonderlich auf eine Reallohnverbesserung der Beschäftigten ausgewirkt. Im Gegenteil. Nach wie vor sind zu viele Arbeiter und Angestellte in sog. Beschäftigungspools, die abgebaut werden sollen. Die reale Zahl

der Beschäftigten weicht von der nominalen Zahl ab. Insofern bleibt die Sorge, dass Arbeitsplätze bei VOITH weiter abgebaut werden.

Parkplätze

Den über 2.200 bestehenden Parkplätzen, die VOITH z.Zt. vorhält, sollen weitere durch den Abriss des Hochregallagers entlang der Sankt Pöltenner Straße hinzugefügt werden. Wann kommt die Zeit, die jedem VOITHianer einen Betriebsparkplatz sichert? Für das Stadtbild und für manchen VOITHianer mag dies keine schlechte Entwicklung sein. Allerdings wäre eine Politik, die Arbeitsplätze schafft und sichert, angesichts der fallenden Realeinkommen und der mangelnden Massenkaufkraft, sowohl für die Stadt als auch für die VOITHianer eine bessere Entwicklung.



Tribunal gegen Lehrstellenkiller

Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) führte in Nürnberg ein Tribunal gegen die Vernichtung von Ausbildungsplätzen durch. Nach offiziellen Zahlen haben zu Beginn des Ausbildungsjahres 144.000 Jugendliche keine Lehrstelle bekommen. Für die sozialistische Jugendorganisation ist das nur die Spitze des Eisberges. Die Hälfte der 600.000 erwerbslosen Jugendlichen hat keine Berufsausbildung. 400.000 Jugendliche "parken" derzeit in Warteschleifen der Bundesagentur für Arbeit ohne Chancen auf einen vernünftigen Ausbildungsplatz. Darüberhinaus sind Tausende nicht mehr in der Statistik, weil sie es leid sind, sich "Kompetenzchecks" zu unterziehen, die ihnen am Ende "Ausbildungsunfähigkeit" bescheinigen. Auf die Anklagebank setzte das Tribunal neben Bahnchef Mehdorn (seit 1991 wurden bei der Bahn 16.000 Ausbildungsplätze abgebaut) den Vorstandsvorsitzenden von Opel (dort wird 2006 und 2007 kein Auszubildender übernommen, obwohl der GM-Konzern im letzten Jahr 2,7 Millionen Euro Gewinn gemacht hat) und die Familie Siemens. Im Siemens-Konzern wurden in den letzten Jahren ein Viertel der Ausbildungsplätze vernichtet.

Bundesagentur spart

Bis Ende August hat die Bundesagentur für Arbeit nur 35 Prozent der Gelder ausgegeben, die für berufliche Weiterbildung von Arbeitslosen zur Verfügung standen. Rund 260 Millionen Euro schlummern bei der Agentur. Die Gelder für die Integration von Behinderten wurden sogar nur zu einem Viertel abgerufen.



Die „Große Rede?“

Nein. Die Bahnhofsanlagen bieten nicht die Plattform für die große Rede an das Volk. Dr. Rogowski, VOITH AR-Vorsitzender und Ehrenbürger unserer Stadt hat sich nach seinem Rückzug als BDI Präsident eine andere Türe für seine Meinungsmache aufgeschlagen. Als TV-Moderator versucht er bei n-tv in einer eigenen Sendung „Rogowski Chefsache“ sich selbst zu profilieren. Schon im 20 Thesen-Buch für ein Wirtschaftswunder, das ihm von seiner Frau Gabriele eingeflüstert worden sein soll, sind seine neoliberalen Angriffe auf die soziale Sicherheit der Menschen im Lande deutlich zu erkennen. Die Hilfe für das Buch, das journalistisch durch Frau Hillebrand und mit Hilfe vieler BDI Mitarbeiter zustande kam, ist kein Bestseller geworden. Wie der TV-Moderator Rogowski das Jahr 2005 überstehen wird, weist die Zeit. Tatsache bleibt, Rogowski will den Flächentarifvertrag brechen, nach Hartz VI muss Hartz V bis VIII folgen. Widerstand gegen Sozialabbau bleibt auf der politischen Tagesordnung.

Produktionsrekorde mit weniger Beschäftigten

Der Maschinenbau - eine Branche, die stark in Baden-Württemberg vertreten ist - rechnet mit einem neuen Produktionsrekord von 144 Milliarden Euro in diesem Jahr. Auch für das nächste Jahr wird weiteres Wachstum erwartet. Die Zahl der Arbeitsplätze allerdings sinkt. Allein in diesem Jahr um 7.000. 59 Prozent der Unternehmer lassen ihre Beschäftigten lieber Überstunden machen, als Personal einzustellen. 48 Prozent der Bosse holen lieber billige Leiharbeiter als Arbeitsplätze zu schaffen. 62 Prozent lassen lieber die Arbeitszeitkonten (das ist ein Vorschuss für den Chef) ins Astronomische wachsen, als Arbeitsplätze zu schaffen. Das ergab eine Umfrage des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA). Solche Leute gehörten doch enteignet, oder?

Vermischtes / Internationales / Meldungen / Infos



Die 16. Weltfestspiele der Jugend sind Geschichte

Rund 17 000 Delegierte aus 144 Ländern der Welt und Tausende freiwillige Helfer trafen sich im August 2005 in Caracas, der Hauptstadt von Venezuela. Der Präsident der Republik Venezuela, Hugo Chávez, eröffnete die Spiele im Paseo Los Próceres unter den Motto „Gegen Imperialismus und Krieg“. Caracas wurde für acht Tage zur Hauptstadt der Weltjugend. Im Namen des Festivals erklärten die Teilnehmer ihre Solidarität mit den um ihre Befreiung kämpfenden Völkern. Ihre Forderung nach einer gesunden Umwelt und für kostenlose Bildung und Gesundheitsvorsorge für alle waren unter anderem Themen in vielen Foren und Diskussionsrunden. Für die rund 200 Delegierten aus Deutschland, darunter 50 Mitglieder der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), der IG Metall und ver.di, werden die Tage in Caracas eine bleibende antiimperialistische Erinnerung sein.



Windiges...

LEIPZIG/MOSKAU/WASHINGTON (Eigener Bericht) - Der deutsche Flughafen Leipzig wird zum bedeutendsten militärischen Umschlagplatz für NATO-Großwaffentransporte ausgebaut. Die Erschließungsarbeiten dienen einem rund 35 Hektar großen Frachtfeld und stehen vor dem Abschluss. Wie es in den entsprechenden Planungsunterlagen der NATO heißt, die dieser Redaktion vorliegen, soll der Lufttransport ab Leipzig "intensive militärische Kampfhandlungen" ermöglichen. Obwohl der Leipziger Standort die NATO-Kapazitäten noch weiter nach Osten verschiebt, stellen russische Unternehmen das notwendige Fluggerät zur Verfügung. Die Waffenträger des Typs Antonow 124-100 können bis zu 120 Tonnen Material übernehmen und sind den US-Konkurrenten von Boeing weit überlegen. Das Milliarden-Geschäft wurde vom deutschen Verteidigungsministerium abgeschlossen und widerspricht dem Zwei-plus-Vier-Vertrag (Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland). German-Foreign-Policy.com

**Eine andere Politik muss her!
Sozialabbau stoppen,
Hartz abschaffen
die Konzerngewinne besteuern.**